

Gemeinde Kleinmachnow						
Antrag		öffentlich				
Datum: 03.06.2025		Einreicher: Fraktionen CDU/FDP, B 90/Grüne, SPD/PRO, DIE LINKE, BIK			DS-Nr. 054/25	
Entgegennahme KSD:						
Verfahrensvermerk:						
<input type="checkbox"/> Genehmigung		<input type="checkbox"/> Anzeige		<input type="checkbox"/> Ankündigung		<input type="checkbox"/> Veröffentlichung
						<input type="checkbox"/> Bekanntmachung
						<input type="checkbox"/> Auslage
Beratungsfolge	Abstimmung			Sitzung		
	JA	NEIN	ENTH	geplant	Endtermin	Bemerkung
Gemeindevertretung				12.06.2025		
Betreff: Sicherung eines hochwertigen ÖPNV-Angebots im TKS-Raum (Teltow-Kleinmachnow-Stahnsdorf) auf Basis des bestehenden Nahverkehrsplans 2025-2029						
Antragsvorschlag:						
<p>1. Der Landrat des Landkreis Potsdam-Mittelmark wird aufgefordert, davon abzusehen, einseitig und in Abweichung vom bestehenden und verabschiedeten Nahverkehrsplan für die Jahre 2025-2029 Kürzungen des ÖPNV-Angebots im TKS-Raum zu planen, insbesondere spricht sich die Gemeindevertretung dafür aus:</p> <p>a) auf eine Taktreduktion der Hauptlinien für die Anbindung Kleinmachnows 620, 622 und 623 an Sonn- und Feiertagen (60- statt 30-Minuten-Takt) zu verzichten;</p> <p>b) einen Anschluss im Nachtverkehr wie bislang nicht nur in den Nächten Fr/Sa und Sa/So, sondern in der gesamten Woche mit mindestens einer Nachtlinie sicherzustellen;</p> <p>c) alternativ nach attraktiven Angebotsformen zu suchen, die auch zu Randzeiten und am Wochenende eine ÖPNV-Versorgung ermöglichen (z.B. durch Rufbusse), die auch den Menschen, die auf ein Auto verzichten, bedarfsgerechte Mobilität ermöglichen.</p> <p>2. Der Landrat wird aufgefordert, für alle weiteren Überlegungen zu einer möglichen „Optimierung“ des Nahverkehrsangebots den engen Austausch mit den betroffenen Kommunen und ihren Bürgerinnen und Bürgern sowie den für die Entwicklung des Nahverkehrsplans zuständigen Gremien zu suchen und zudem für eine verlässliche Datengrundlage für die tatsächliche Nutzung des heutigen Angebots zu sorgen und diese transparent zu machen.</p> <p>3. Der Bürgermeister wird aufgefordert, sich im Rahmen der kommunalen Zusammenarbeit und im Gespräch mit dem Land im o. g. Sinne für die Sicherung eines attraktiven ÖPNV-Angebots in der Region einzusetzen.</p>						
Ausgeschlossen nach § 22 BbgKVerf:					Gemeindevertreter	
Beratungsergebnis:			Gremium:		Sitzung am:	
einstimmig	Stimmenmehrheit	JA	NEIN	ENTHALTUNG	lt. Beschluss	abw. Beschluss
Leiter/in der Sitzung:						
<div style="text-align: center; margin-top: 10px;"> Bürgermeister <small>(Endunterschrift)</small> </div>						
gez. A. Pichl Fraktionsvorsitzende				gez. Dr. U. Bastians-Osthaus Fraktionsvorsitzende		

Problembeschreibung/Begründung:

In den letzten Wochen wurden Pläne seitens der Kreisverwaltung bekannt, die erhebliche Einschnitte für das Nahverkehrsangebot insbesondere auch im TKS-Raum vorsehen. Insbesondere soll an Wochenenden (Samstagabend und an Sonn- und Feiertagen) die Taktung zentraler Buslinien halbiert werden (bei den Buslinien 620, 622 und 623 von einem 30- zu einem 60-Minuten-Takt, bei den Buslinien 626, 627, 629 von einem 60- zu einem 120-Minuten Takt). Zusätzlich soll außer in den Nächten Fr/Sa und Sa/So die bislang täglich gewährte Anbindung der Region durch Nachtbusse (N12 und N13) entfallen.

Diese Pläne stehen im Widerspruch zu den bisherigen Festlegungen des erst im vergangenen Jahr verabschiedeten Nahverkehrsplans des Landkreises für die Jahre 2025-2029.

Die aktuelle Fassung des ÖPNV-Gesetzes, das mit dem Beschluss des Landtages vom 25.01.2024 über das neue Mobilitätsgesetz angepasst wurde, gibt in § 2 die Grundsätze vor, an denen sich der Landkreis Potsdam-Mittelmark bei der Gestaltung des kommunalen ÖPNV zu orientieren hat.

Ziele sind demnach insbesondere:

- Die Sicherstellung einer ausreichenden ÖPNV-Bedienung als eine Aufgabe der Daseinsvorsorge.
- Der ÖPNV soll der Verbesserung der Mobilität der Bevölkerung, der Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen, dem Umweltschutz und der Verkehrssicherheit dienen. Durch einen leistungsfähigen und attraktiven ÖPNV soll eine Alternative zum motorisierten Individualverkehr (MIV) geschaffen werden und somit der MIV zurückgeführt werden.
- In Gebieten und Zeiten geringer Nachfrage sollen auch flexible Bedienformen des ÖPNV, wie beispielsweise Linientaxi, Rufbus oder Bürgerbus genutzt werden.

Darüber hinaus wird auch im Integrierten Klimaschutzkonzept des Landkreises Potsdam-Mittelmark die Steigerung der Anzahl an ÖPNV-Nutzerinnen und -Nutzern als ein Maßnahmenbereich im Themenfeld Mobilität festgehalten.

Die aktuell vorgelegten Vorstellungen der Kreisverwaltung orientieren sich nicht an diesen Zielstellungen, sondern stellen deren Erreichung nachhaltig in Frage. Dabei wird die Gemeinde Kleinmachnow und die TKS-Region unverhältnismäßig zu den haushälterischen Konsolidierungsmaßnahmen des Landkreises herangezogen und in ihrer Entwicklung als Wirtschafts-, Gesundheits- und Schulstandort beschnitten.

Dabei bietet gerade im stark bevölkerten Ballungsraum TKS eine zu allen Zeiten attraktive ÖPNV-Versorgung die Chance, dass tatsächlich Menschen auf den MIV und idealerweise auch auf das Vorhalten eigener Fahrzeuge verzichten können oder deren Zahl zumindest reduzieren. Erhebliche Einschränkungen an ganzen Tagen oder zu Nachtzeiten treffen insbesondere die Mobilität von älteren Menschen wie auch Jugendlichen, daneben aber auch Berufspendler außerhalb klassischer Arbeitszeiten wie Schichtarbeiter (z.B. Polizisten oder medizinische Arbeitskräfte). Diese Gruppen sind auf zuverlässige und flexible Mobilitätsangebote angewiesen, um ihren Alltag zu bewältigen. Sollten tatsächlich fahrplangebundene Angebote wie vorgesehen stark ausgedünnt werden oder sogar wegfallen, wären diese Menschen entweder auf den MIV oder sonst auf flexible Mobilitätsangebote wie Rufbusse angewiesen.

Angesichts der doch hohen Zahl an (potentiellen) Nutzerinnen und Nutzern im TKS-Raum wäre aber zu prüfen, ob solche alternativen Angebote dann tatsächlich zu Kosteneinsparungen führen könnten. Für eine tragfähige Bewertung fehlen aktuell belastbare Zahlen zur tatsächlichen Nutzung des ÖPNV-Angebots, da Messungen bzw. Fahrgastbefragungen nur sehr sporadisch erfolgen und eine sonstige Erfassung der Fahrgäste etwa im Rahmen einer Ticketkontrolle, eines verbindlichen elektronischen Check-ins o. ä. nicht gegeben ist (und durch die erfreulich starke Nutzung des Deutschlandtickets auch eher noch zurückgegangen ist).

Die Kommunalverfassung hat mit Ihrer Neufassung im Jahr 2024 bewusst und zurecht eine breite Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an den grundlegenden Prozessen und Entscheidungen in den Kommunen vorgesehen, um Entscheidungen transparenter zu gestalten und der demokratischen Meinungsbildung den Raum zu geben, eine möglichst hohe Akzeptanz zu erzielen. Umso wichtiger wäre es, dass der Landkreis auch einen Prozess zur „Optimierung des ÖPNV“ im engen Dialog mit den betroffenen Kommunen und deren Bürgerinnen und Bürgern führt.

In einem bewusst geführten gemeinsamen Prozess ließen sich aus unseren Erfahrungen und aus unserer Sicht gemeinsam Lösungen erarbeiten, die eine breitere Akzeptanz zu den notwendigen Anpassungen herstellen.